

5. Das Gesicht der Stadt hat viele Falten

In Kapitel 1 wurde die ANT als ein Ansatz vorgestellt, der die spannende Beschreibung scheinbar langweiliger Objekte zum Programm macht. Latour gibt den Objekten ihr Drama zurück, indem er den »attachments and values« (Latour 1996a: 207), den »contradictions of humans« (ebd.: 206) nachspürt, die in das Objekt eingegangen sind und die es genauso faszinierend machen wie die sozioökonomischen oder soziokulturellen Konflikte, die auf der offiziellen politischen Bühne ausgefochten werden. Lässt man diesen dramatischen Gehalt des Objekts außen vor, »liefert man eine uninteressante Beschreibung von ihm – aus der man, im wörtlichen Sinne, alle Interessen, die im Spiel sind, entfernt hat.« (Latour 1996b: 82) Eine solche interessenlose Beschreibung ist auch nicht in der Lage, der »Schönheit der Objekte« Rechnung zu tragen, die ja gerade »daher [rührt], daß sie die widersprüchlichen Wünsche oder Bedürfnisse der Menschen und nicht-menschlichen Wesen in sich aufnehmen.« (Ebd.) Für diesen Prozess der wiederholten Einschreibung von »widersprüchlichen Spezifizierungen« und »widersprüchliche[n] Verwendungsweisen« (ebd.) wurde der Begriff der Falte angeführt: Die Objekte »falten« sich, werden »komplizierter« (ebd., Hervorhebungen i. O.). Auch von der Stadt – in diesem Falle: von der Stadt Paris – heißt es, dass sie gefaltet wird, »folded and refolded [...], and folded again like an origami« (Latour/Hermant 2006: 62, Herv. i. O.).¹ Das Gesicht der Stadt hat also nicht nur viele Falten. Es sind darüber hinaus gerade die faltigsten Gesichter, die auch die schönsten sind. Je »komplizierter, gefalteter, mannigfaltiger, komplexer und verwickelter« (Latour 2010a: 252) das Objekt, desto spannender die Analyse. Das macht Stadtanalysen besonders interessant, bildet die Stadt doch mit ihrer Vielzahl an Techniken, Räumen, Architekturen und Artefakten eine Pluralität »umstrittener Assemblagen« (Latour 2009a: 363). Die Objekte der Stadt müssen im Laufe ihrer Gestaltwerdung die unterschiedlichsten Interessen inkorporieren und durch einen Gestaltwandel den verschiedensten Ansprüchen gerecht werden. Das Bild vom faltigen Stadtgesicht kann damit herangezogen werden, um Stadträume

1 An dieser Stelle meint man, Gilles Deleuze herauszuhören, der in »Die Falte« schreibt: »Die Wissenschaft der Materie hat [...] das ›Origami‹ als Modell, die Kunst des Papierfaltens« (Deleuze 2000: 16). An anderer Stelle bezeichnet Deleuze die Falte auch als einen »Differenzierer«, ein »Differential« (Deleuze 1993: 227): Faltung steht hier für die ständige Transformation selbst eines so dauerhaften Objekts wie der Technik oder der Architektur der Stadt.

und urbane Artefakte als Konfliktgegenstände zu begreifen. Die »Entfaltung all ihrer Tausenden von Falten« (Latour 2007: 28) führt zum politischen Kern der Dinge, der in diesem Kapitel im Fokus steht. Die folgenden Abschnitte sind daher auch der Versuch, mit der ANT das Thema Stadtpolitik zu erschließen.

5.1 Stadtpolitik als Politik designer Dinge

Um zu einem ANT-Verständnis von Stadtpolitik vorzustoßen, muss zunächst ein Argumentationsstrang aus Kapitel 2 wieder aufgegriffen werden. Dort wurde das Argument entfaltet, dass über Artefakte »in Begriffen von Design« nachzudenken bedeutet, »sie immer weniger als modernistische Objekte, sondern zusehends als ›Dinge‹ zu betrachten, und das heißt: »als komplexe Versammlungen widersprüchlicher Sachverhalte« (Latour 2009a: 360). Der Modernismus meint, es mit Objekten zu tun zu haben, mit unantastbaren, »neutrale[n] Tatsachen« (ebd.: 357), mit »*matters of fact*« (Latour 2007: 21, Herv. i. O.), während das nichtmoderne Design-Zeitalter diese unbestrittenen Tatsachen in »uns angehende Sachen« (Latour 2009a: 357), in »*matters of concern*« (Latour 2007: 21, Herv. i. O.), und damit in politische Gegenstände verwandelt. Der nichtmoderne Designer setzt sich mit *Dingen* auseinander, bei denen es sich – wie die Etymologie des Wortes verrät, die auf den ›Thing‹ als archaische Versammlungsstätte zurückführt (vgl. Latour 2005b: 29) – um *Streitsachen* (vgl. ebd.), um »[ö]ffentliche Angelegenheiten« (ebd.: 33) handelt. Eine interessante Beschreibung anzufertigen beinhaltet also, über die Stadt »*matter-of-concern*-bezogen [zu] schreiben« (Latour 2007: 23) und aus einem verstummten, langweiligen, neutralen Objekt ein Fall von »*Dingpolitik*« (Latour 2005b: 10) zu machen. Damit löst die analytische Einstellung der ANT das Artefakt abermals in seiner Gegenständlichkeit auf: »Dinge [...] kann man mir nicht an den Kopf werfen wie Gegenstände.« (Latour 2007: 33). Die entfaltende De-Skription der Objekte nimmt hier die Gestalt von »cartographies of interests« (Puig de la Bellacasa 2011: 89) oder auch »cartographies of [...] concerns« (ebd.: 86) an, die das zum Ding gewordene Objekt konstituieren.

In seinem Design-Aufsatz schreibt Latour: »Je mehr Objekte zu Dingen gemacht werden – das heißt, je mehr neutrale Tatsachen in uns angehende Sachen umgewandelt werden – desto mehr werden aus ihnen Design-Objekte durch und durch.« (Latour 2009a: 357) Wie ebenfalls dargelegt wurde, nehmen nicht nur die epistemischen Dinge der Naturwissenschaftler, sondern auch die Stadt und der öffentliche Raum als eine der vielen »artifiziellen Atmosphären« (ebd.: 366) und »Umhüllungen« (ebd.: 365) des Menschen ihren »Platz unter den vielen veränderbaren Dingen [ein], die uns angehen, um die wir uns kümmern müssen« (ebd.: 369). Sie stehen auf Latours Liste der zu Dingen gemachten Objekte, die daraufhin überprüft werden müssen, ob sie gut oder schlecht designet worden sind. Stadtpolitik ist daher als eine »Politik designer Dinge« zu begreifen, als eine »Politik der uns angehenden Dinge« (ebd.: 362), die das Design der Städte und des öffentlichen Raums als öffentliche Angelegenheit ausweist. Auch an anderer Stelle stellt Latour einen Zusammenhang zwischen der Stadt und »object-oriented politics« (Latour 2008b: 124) her. Der urbane Bezug scheint der Dingpolitik geradezu inhärent zu sein: »[I]f you look at what people actually feel about politics, it is

always about things; it is about what I call ›matters of concern‹. It is always about subways, houses, landscapes, pollution, industries. Politics is always connected to spatial issues« (ebd.). U-Bahn, Wohnhäuser, Luftverschmutzung (zum Beispiel durch Dieselmotoren in den Innenstädten) – diese Liste an raumbezogenen, urbanen ›Sachen‹ ließe sich ohne konzeptionelle Schwierigkeiten um Stadtplätze erweitern. Wie auch aus dem vom Architekten entworfenen Gebäude (vgl. ebd.: 125) wird aus Plätzen nicht selten ein Streitobjekt, »a contentious object« (ebd., Herv. i. O.).

Die autogerechte Umgestaltung von Plätzen mag hier als Beispiel dienen: Über den Washington Square als Ding und nicht als Objekt zu schreiben, würde dann beispielsweise erfordern, die Kontroverse zu rekonstruieren, die sich anhand von Robert Moses' umstrittenen Plan entzündete, die an den Parkrändern entlangführenden Straßen zugunsten des Autoverkehrs und auf Kosten der Parkfläche zu verbreitern. Dieses Vorhaben scheiterte genauso wie das Nachfolgeprojekt Moses', die durch den Park führende (und ursprünglich für Kutschen vorgesehene) Straße in eine tieferliegende Schnellstraße umzuwandeln, die nicht nur den Park zerschnitt, sondern das ohnehin von Parknutzern als störend empfundene Verkehrsaufkommen noch erhöht hätte (vgl. Jacobs 1992: 360). Eine ANT-Fallstudie könnte man der Trajektorie der Umgestaltungspläne widmen, die im Verlauf der Jahrzehnte anhaltenden Kontroverse unterschiedliche Formen angenommen haben – jeweils in dem (erfolglos gebliebenen) Versuch, sie zu realisieren.² Die verschiedenen Versionen des Projekts und seine lange Geschichte illustrieren damit sehr gut die analytische Herangehensweise Latours, der über die Dinge des Designs schreibt, sie seien »political in the sense that they represent an evolving issue – that is, all the stakeholders can change their minds according to the change of the moving object. That is what I call object-oriented politics« (Latour 2008b: 125). Die Stadt im Allgemeinen und der Washington Square im Besonderen sind hier nicht als »Euclidian space« (ebd.: 127) von Interesse, der vom Flaneur durchwandert werden kann, sondern als »controversies-space« (ebd.: 126), »a space inhabited by matters of concern« (ebd.: 127). Mit der Unterscheidung zwischen »project« und »object« (ebd.: 125, Herv. i. O.) wird also erneut »the whole aesthetics of [...] representing cities« (ebd.: 127) in Frage gestellt: Projektförmige Dinge kann man weder jemandem an den Kopf werden, noch kann man sie in einem *coffee table book* abbilden. Platzanlagen fotografisch einzufangen ist etwas anderes, als den Platz als »Ding von Belang« (Latour 2007: 55) zu repräsentieren. Ein Bildband zeigt Architekturen als geblackboxte, stabilisierte, fertige Objekte (vgl. Yaneva 2009: 73), zeichnet aber nicht die kontroverse, dynamische, politische Natur des Designobjekts nach.

Die analytische Umstellung von Objekten zu Dingen erfordert daher auch neue Repräsentationsmethoden, die auf die Unfähigkeit (vgl. Latour 2009a: 371) antworten, »das, was ein Ding in all seiner Komplexität ist, an einem Ort zusammenzuziehen, zusammenzuzeichnen [...]. Wir wissen, wie wir einen Gegenstand zeichnen können, aber wir haben keine Ahnung, wie es ist, ein Ding zu zeichnen.« (Ebd.: 371) Ebensolche

2 Das »New York Preservation Archive Project« bezeichnet den Washington Square als »battle-ground of preservation-related controversy throughout the 20th century« und rekonstruiert im Detail die historischen Wegmarken insbesondere der um Moses' Pläne geführten Kontroverse. Vgl. www.nypap.org/preservation-history/washington-square/ (abgerufen am 30.08.2020).

»Visualisierungswerkzeuge, mit denen sich die widersprüchliche und kontroverse Natur von uns angehenden Sachen repräsentieren lässt« (ebd.: 372), werden im Rahmen der auf Latour zurückgehenden Forschungsmethode des »Controversy Mapping« entwickelt: Mit Hilfe digitaler Methoden werden sozio-technische Kontroversen und damit Dinge kartografiert und zur Darstellung gebracht. Die Notwendigkeit eines solchen Unternehmens wird damit begründet, dass gerade die hybriden, vertrackten, komplexen und unübersichtlichen Problemlagen moderner Gesellschaften eine Zusammenschau erfordern, die es Bürgern überhaupt erst ermöglicht, eine öffentliche Debatte zu führen.³ Ein Blick in das Archiv der durchgeführten Fallstudien offenbart ein breites Spektrum an *matters of concern* – von der Erderwärmung über die E-Zigarette bis hin zu infrastrukturellen Dingen wie Starkstromleitungen oder einer Müllverbrennungsanlage.⁴ In den Bereich der Architektur wird das »Controversy Mapping« von Albena Yaneva übertragen (vgl. Yaneva 2012a), wobei die hier verfolgten Kontroversen einen engen Bezug zur Stadt haben: Einzelne Gebäude, städtebauliche Projekte oder Bebauungspläne für ganze Stadtviertel werden hier zu »Dinge[n], die sich versammeln« (Latour 2007: 33) – oder die vielmehr von speziellen Kartografen versammelt und zusammengezeichnet werden, um einer öffentlichen Angelegenheit zur Darstellung zu verhelfen.⁵ Über »architectural controversies« (Yaneva 2012a: 49) heißt es: »[T]hese are issues which impact upon the public because of their very complexity« (ebd.). »Mapping Controversies« ist das entsprechende »programme of inquiry« (ebd.: 4, Herv. i. O.), mit dem sich das urbane Designobjekt als »a ›thick‹ mesh of entanglements« (ebd.: 2) beschreiben lässt.

5.1.1 Designobjekte als widersprüchliche Versammlung

Das »Versammeln eines Objekts« (Latour 2007: 30, Herv. i. O.) ist aber auch in anderer Hinsicht von Interesse. Latour begreift die Projektrealisierung als einen Hindernisparcours, in dessen Verlauf dem Objekt immer mehr Falten in Form von Ansprüchen und Interessen einverleibt werden. Ein Projekt vermag sich nur zu realisieren, wenn es genug Stakeholder an sich binden bzw. genügend (widersprüchliche und divergierende) Ansprüche »in sich aufnehmen« (Latour 1996b: 82) kann, was Moses' Plänen für die autogerechte Umgestaltung des Washington Square genauso wenig gelungen ist wie dem

3 Siehe hierzu die Internetseite des Médialab an der SciencesPo, an der Controversy Mapping als Teil des Curriculums angeboten wird. Dort heißt es im Originaltext: »The economic inequities, the environmental crises, the bioethical conundrums and all the issues troubling modern societies are imbroglis of politics, ethics and technologies impossible to disentangle. In these hybrid situations, public participation becomes more and more difficult. To navigate a world of uncertainties, future citizens need to be equipped with tools to explore and visualize the complexity of public debate.« Vgl. <https://medialab.sciencespo.fr/projets/teaching-controversy-mapping/> (abgerufen 15.05.2019).

4 Vgl. <http://controversies.sciences-po.fr/archiveindex/> (abgerufen am 15.05.2019).

5 Eine Übersicht über die Fallstudien findet sich auf der Internetseite des Studiengangs *Mapping Architectural Controversies* an der University of Manchester, an der Albena Yaneva eine Professur für Architekturtheorie innehat. Untersucht wurden beispielsweise das ›The Shard‹-Gebäude oder das Olympiastadion in London, die städtebauliche Entwicklung eines Hafenviertels, Ground Zero oder das Holocaust-Mahnmal in Berlin. Vgl. <http://controversies.msa.ac.uk/mac/Main/Mapping-ArchitecturalControversies> (abgerufen am 16.05.2019).

Vorhaben, aus dem Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg ein Autobahnkreuz zu machen (vgl. Stimmann 1986: 308, 312). Die Fabrikation der Stadt ist ein Prozess, bei dem sich das Designobjekt jedes der Hindernisse, die sich seiner Realisierung in den Weg stellen, als eine weitere Falte einverleibt. Mit jedem weiteren Designelement und jeder Veränderung im Entwurf antwortet das Designobjekt auf einen Einwand: »A technical project always gets more complicated because the engineers want to reinscribe in it what threatens to interrupt its course.« (Latour 1996a: 209) Diese Fähigkeit, Widersprüche in sich aufzunehmen, wird zur Voraussetzung dafür, dass das Objekt zur Existenz gebracht werden und in Existenz gehalten werden kann: »If it can hold its whole contradictory environment together, then it will exist.« (Ebd.: 207) Das Objekt ist damit im recht wortwörtlichen Sinne als eine widersprüchliche Versammlung zu analysieren. Es integriert eine Vielzahl von interessierten Akteuren und hält diese zusammen. Urbane Assemblagen sind widersprüchliche, konfliktgeladene Assemblagen.

Dass Designobjekte als Versammlungen Konfliktstoff bergen, illustriert Latour anhand der zur Katzentür umgestalteten Bürotür, die in Kapitel 1 Thema war. Das neue Formelement der Katzenluke ist die ingeniose Antwort des Ingenieurs auf einen Konflikt zwischen Chef und Tier, die beide gleich eigenwillig sind und miteinander unvereinbare Interessen haben. Der Chef will die Tür aufgrund krankmachender Luftzüge geschlossen halten, die Katze will nach Belieben kommen und gehen. Die »neu ausgehandelte [...] Tür« (Latour 1996b: 21) stellt jedoch einen Zustand her, der beide Parteien »zufriedenstellt« (ebd.: 20): »Die Konfrontation ist gelöst durch einen Kompromiß [...]. Der Konflikt der Katzen und Chefs ist [...] beigelegt worden durch den Einsatz von Sägen, Schrauben und Türangeln.« (Ebd.) Die Modifikation im Design erfolgt, »um die Konflikte der Menschen und Tiere aufzunehmen« und sicherzustellen, dass sowohl »die Rechte von Katzen«, als auch die von »erkälteten Vorgesetzten respektiert sind« (ebd.: 21). Die Geschichte der Tür ist damit aber nicht beendet, weil noch weitere, unvorhergesehene Akteure hinzukommen, deren Wünsche und Rechte ebenso nach Berücksichtigung verlangen. Die einmal gefundene Lösung war ein »zerbrechliche[r] Kompromiß«, der die Akteure nur eine gewisse Zeit lang »zusammenhielt« (ebd.: 20). Die Tür »kompliziert sich« (ebd.: 21) von Neuem, indem sie nochmals »umgestaltet, umdefiniert« (ebd.: 20) wird – ein Prozess, der letztlich nicht stillzustellen ist. Selbst das gebläbte, verstummte Objekt kann wieder »geschwätzig, aktiv und polemisch« (ebd.: 82) werden, der einmal gefundene Kompromiss sich als nicht länger tragfähig erweisen. Die Kniffe des Ingenieurs und mit ihnen die Falten vermehren sich unaufhörlich: Aus »hundertmal übers Werk« werden »tausende von Falten«.

Der Ingenieur – und im übertragenen Sinne auch: der Städtebauer, Urban Designer, Architekt oder Stadtplaner – tritt hier als eine Art Konfliktmanager auf, dessen Aufgabe es ist, durch städtebauliche Eingriffe und (Umgestaltungs-)Maßnahmen möglichst allen der an ihn herangetragenen Ansprüche gerecht zu werden. Zumindest versucht der Ingenieur in Latours Geschichte »alle Welt unterschiedslos zufriedenzustellen« (ebd.: 23) – eine Aufgabe, die dadurch zum Drahtseilakt wird, dass die Interessen sich nicht harmonisch ineinanderfügen, im Objekt aber koexistieren können müssen. Die Aufgabe des Ingenieurs ist kompliziert, weil er »eigennützige Akteure in einem Ensemble zusammenhalten [muß]« (ebd.: 22). »[T]echnologische Problemlösungen« sind »Lösungen in Konfliktsituationen«, die durch »die Heterogenität der [...] involvierten Elemen-

te« gekennzeichnet sind (Law 2006: 213). Den »heterogenen Ingenieuren« (ebd.: 234) stellt sich »die Verbindung widerwilliger Elemente in einem selbsterhaltenden Netzwerk« (ebd.: 217) als Aufgabe. Er muss »heterogene Elemente auf eine Art nebeneinanderstellen und verbinden, sodass sie an Ort und Stelle bleiben und nicht [...] dissoziiert werden.« (Ebd.: 220) Umso komplizierter muss dann das Problem der Stadt sein, der die Heterogenität als Definitionsmerkmal eingeschrieben ist. Als widersprüchliche Versammlung scheint die Stadt stets von zahlreichen Fliehkräften bzw. von der »Dissoziation« (ebd.: 217) bedroht zu sein, so dass nicht nur das Versammeln, sondern auch das Zusammenhalten das Geschick des Ingenieurs erfordert.

Das Problem des Zusammenhaltens widersprüchlicher Assemblagen wird in einer Stellungnahme des ehemaligen Stadtrats für Bauwesen des Bezirks Berlin-Wilmersdorf zum Ausdruck gebracht, der sich über den »Kurfürstendamm als planungspolitische Aufgabe« (Hermann 1984) wie folgt äußert:

»Die Schwierigkeit der Planung und Durchführung liegt in den teilweise konträren Wünschen und Erwartungen von alten und jungen Berlinern, von Touristen, Behörden und Denkmalschützern. Die Frage ist: wie und wo kann man am Kurfürstendamm moderne Architektur, Architekturtradition, gehobene kulturelle Ansprüche, Vergnügungsstätten, billige Einkaufsmöglichkeiten, exquisite Warenangebote, alte Laternen, moderne Peitschenmasten und vieles mehr unter einen Hut bringen?« (Ebd.: 19)

Es sei gerade die »Mischung« (ebd.), die den Kurfürstendamm ausmache. Doch gerade diese Mischung macht die Planung zu einer verwickelten Angelegenheit: Den Kurfürstendamm als widersprüchliche Assemblage zusammenzuhalten geht mit der Aufgabe einher, alle Ansprüche »unter einen Hut zu bringen«. Wie das Zitat deutlich macht, ist Gestaltung mehr als eine rein ästhetische Angelegenheit, die allenfalls die (unwesentliche) Oberfläche der Dinge betrifft (vgl. Latour 2009a: 356). Gestaltung hat mit einem Abwägen und Gewichten der Interessen unterschiedlicher Nutzergruppen zu tun, die sich alle mit dem Kurfürstendamm verbinden wollen, aber nicht dürfen: In den 1980er Jahren sollten die »billigeren« Einkaufsmöglichkeiten und Vergnügungsstätten wegfallen, um so durch gestalterische Aufwertung der »Verödung und [...] »St.-Paulisierung« (ebd.: 20) des altehrwürdigen Boulevards entgegenzuwirken. Während Latours Ingenieur »alles um sich versammelt haben [möchte]« und »auf nichts verzichten will« (Latour 1996b: 23), wird am Beispiel der planungspolitischen Problematik die Unmöglichkeit dieses Ziels deutlich: »[N]icht jeder Nutzungsanspruch am Kurfürstendamm [kann] befriedigt werden [...]. Nicht jeder Anspruch kann ein neues Gestaltungselement hervorrufen.« (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz 1984: 44) Stadt- oder auch Planungspolitik ist hier die Bestimmung darüber, welche Ansprüche und welche Rechte im Design des Objekts Berücksichtigung finden.

Bereits das Entwerfen auf dem Papier ist ein Versammeln. Architekturmodelle sind genauso »assemblages of concerns« (Yaneva 2005: 535) wie die Objekte »dort draußen« in der Stadt:

»What makes model making a complex process is [...] that so many constraints and controversial demands have to be taken into account, so many actors have to be accommodated and reconciled in a whole. [...] The model is meant to hold [...] passions

and concerns, [...] to house them, to put them in and to provide room for them to stay, to hold them all together.« (Ebd.: 530/531)

Zu den Restriktionen, kontroversen Forderungen und Leidenschaften, die der Designer in seinem Modell »unterbringen« muss, gehören sowohl menschliche als auch nicht-menschliche Belange: Technische Möglichkeiten, historische Stätten oder das städtebauliche Gefüge müssen genauso berücksichtigt werden wie die zukünftigen Nutzer, die Erwartungen des Kunden oder die Forderungen der Stadträte (vgl. ebd.: 530). Auch dem Architekturmodell ist ein Spannungsverhältnis eigen, das durch die Verbindung heterogener Elemente erzeugt wird. Das Modell ist verkörperter Ausdruck eines »specific agreement among the various actors that enables them to live together harmoniously and to compose a common world.« (Ebd.: 531) Yaneva überträgt hier den »Kompositionismus« (Latour 2003: 204ff.) in den Bereich der Architektur: Bereits bei einer scheinbar so banalen Angelegenheit wie dem Erstellen eines Modells setzt das politische Projekt einer »allmählichen *Zusammensetzung der gemeinsamen Welt*« (Latour 2010b: 32, Herv. i. O.) und mit ihm das »Versammeln des Kollektivs« (Latour 2005b: 73) ein. Der Architekt führt, indem er in seinem Modell oder Entwurf ein Miteinander der unterschiedlichen Akteure aushandelt, gleichzeitig »Verhandlungen in Richtung einer lebensfähigen und friedlichen gemeinsamen Welt« (Latour 2003: 184). Wie auch die Panoramen, die dem Versammelten eine ganzheitliche Ordnung abringen (vgl. Latour 2010a: 326), geben die Entwürfe der Architekten und Designer somit »einen Vorgesmack auf eine geeintere Welt« (ebd.).

Latour bestimmt das gegenwärtige, nichtmoderne Zeitalter als die »Zeit des Zusammenlebens« (Latour 2005b: 73), in der zwei Fragen vorherrschend werden: »Können wir mit Dir zusammenleben?« (Ebd.: 75) und »Wie viele kontemporäre Elemente kannst Du Seite an Seite zusammenbauen?« (Ebd.: 77) Während die erste Frage zumindest prinzipiell die Möglichkeit offenlässt, dass ein Zusammenleben auch nicht möglich sein könnte, legt die zweite als Zielvorstellung nahe, so viele Elemente wie möglich zu versammeln. Latour ist einem »politisch-ethischen Programm« (Stäheli 2011: 94) verpflichtet, das Stäheli listen-theoretisch zum Ausdruck bringt: »Die ANT versucht, das modernistische Projekt der universalistischen Inklusion fortzuschreiben durch eine »einfache« Politik der Liste« (ebd.). Wie auch bei der listenförmigen Zusammenstellung des Sozialen kommt beim Versammeln des Kollektivs (vgl. ebd.: 93) das »Prinzip größtmöglicher Offenheit« (ebd.: 86) zur Anwendung: »[A]lles könnte aufgenommen werden, nichts muss prinzipiell als ungesellschaftlich ausgeschlossen werden« (ebd.: 90). Gerade weil die Liste über kein identitätsstiftendes, »letztes Fundament verfügt, lassen sich im Prinzip stets weitere Elemente hinzufügen.« (Ebd.: 94) Wie am Beispiel der planungspolitischen Problemlage des Kurfürstendamms illustriert wurde, ist das Design der Stadt jedoch nicht allinklusiv. Der Ingenieur, der es allen recht machen will, ist der hoffnungsvolle und doch naive Optimist, der davon ausgeht, dass sich alles mit allem zusammenbauen lässt. Dass nicht immer alle Belange einen Listenplatz bekommen, wird deutlich, wenn man den Werdegang von städtischen Bebauungsplänen oder Umgestaltungsmaßnahmen studiert. Diese kann man – in Analogie zu den Architekturmodellen – als »restless travellers« (Yaneva 2009: 64) betrachten, die außerhalb des Designstudios auf unterschiedliche Akteure treffen – etwa eine Planungskommission

oder den Bürgermeister der Stadt (vgl. ebd.: 70) –, die eine Veränderung im Design hervorruft: »[W]hat might change the model and trigger design transformations is [...] the serious concerns of all those involved in the project.« (Ebd.) Aus der Konfrontation mit Akteuren (zum Beispiel auf Bürgerveranstaltungen, in Ausschüssen, bei vor-Ort-Terminen oder Runden Tischen) geht der Plan oder das Modell transformiert hervor, wobei man ebenso die Belange kartieren muss, die ignoriert oder übergangen werden. Die Bürgerinitiative Olivaer Platz e. V. zum Beispiel konnte sich trotz einiger Kompromisse im Detail nicht gegen die Neugestaltungspläne des Bezirks wehren, die neben dem Wegfall von Parkplätzen auch umfangreiche Baumfällungen vorsehen.⁶

Der Ansatz Latours weist aber darüber hinaus, im Zusammenhang mit dem Thema Stadtpolitik die Verfahren der Bürgerbeteiligung zu studieren oder die Diskussion zu führen, ob die eingeräumten Partizipationsverfahren lediglich den Zweck haben, die Implementation technokratischer Planung zu verbessern (vgl. Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 272f.). Mit dem »Parlament der Dinge« (Latour 2010b) ist das Anliegen verbunden, auch »die Stimmen der nicht-menschlichen Wesen« (vgl. ebd.: 101, Herv. i. O.) in die öffentliche Debatte einzubringen. Ein solches »Voicing der Dinge« (Hirschauer 2001: 446) ist der »Versuch einer verstärkten Repräsentation der stummen Mitbewohner des Planeten« (ebd.), auch wenn diese der menschlichen »Fürsprecher« (ebd., Herv. i. O.) bedürfen. Im Falle der umstrittenen Umgestaltung des Olivaer Platzes hieße das beispielsweise, den zu fällenden Bäumen Gehör zu verschaffen oder sich als Fürsprecher für den Platz zu positionieren, der sein Gesicht verliert – auch wenn man sich damit der »Sünde« (Latour 1996b: 72) des Anthropomorphismus schuldig macht (vgl. ebd.).⁷ Die

6 Die Internetseite der Projektverantwortlichen listet in einem Zeitstrahl insgesamt 23 Bürgerveranstaltungen auf, die seit 2010 stattgefunden haben, gibt aber zu bedenken: »Der Konsensplan berücksichtigt nunmehr alle Bedürfnisgruppen – vom Autofahrer, der einen Parkplatz benötigt, über Kleinkinder die Spielgeräte vorfinden, bis zu Ruhesuchenden, die sich über Parkbänke freuen. Nicht alle Wünsche können jedoch zu 100 % erfüllt werden. Ein echter Kompromiss setzt Zugeständnisse von allen Seiten voraus.« Vgl. www.berlin-city-west.de/projekt/aktives-zentrum-city-west/neugestaltung-olivaer-platz (abgerufen 30.08.2020). Das Motto der Bürgerinitiative ist »Retten wir den Olivaer Platz!« Vgl. [www.buergerinitiative-olivaer-platz.de/\(abgerufen am 30.08.2020\)](http://www.buergerinitiative-olivaer-platz.de/(abgerufen am 30.08.2020)). Die Rettung bezieht sich auf den Erhalt der Gestalt des Platzes aus den 1960er Jahren (mit Parkplätzen auf der einen Platzhälfte und vielen Gestelelementen wie Bäumen, Mauern, Beeten, Springbrunnen auf der anderen), während der Bezirk den Platz auf eine ursprünglichere, auf den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückgehende Version zurückführen möchte, in der sowohl die Parkplätze als auch die meisten Designelemente aus der Nachkriegszeit fehlen. Die Befürworter der Umgestaltung könnten sich dabei die Rettung des Platzes ebenso gut auf die Fahnen schreiben, zählt der Olivaer Platz (vgl. Siedler 1978c: 195) doch zu den »ruinierten Plätzen« (ebd.: 193) Berlins, die in der Nachkriegszeit durch autogerechte Stadtplanung zerstört wurden.

7 Latour »versucht sich nicht als Dr. Dolittle« (Schroer 2008: 387), auch wenn er darauf besteht, dass »Rede [...] keine selbstverständliche Gegebenheit [ist], die nur Menschen eigen ist, nicht-menschlichen Wesen dagegen allein metaphorisch zu gesprochen werden könnte.« (Latour 2010b: 102) Das Rede-Vermögen »allein den Menschen vorzubehalten«, gilt ihm »als das allerunmoralischste Laster« (ebd.: 206). Den Anthropomorphismus schwächt er wieder ab, wenn er an anderer Stelle schreibt, dass ein Objekt »von mehr redeverleihenden Instrumenten begleitet« wird, »als die Menschen von Meinungsumfragen.« (Latour 2005b: 43) Man bringt die Dinge also über diverse »Inskriptionen oder die Praxis des Inskribierens« (Latour 2006c: 262) zum Reden. Oder anders und symmetrischer formuliert: Die Dinge verschaffen sich über die »Spuren« (ebd.: 265) Gehör, die sie

Planungsgeschichte der Städte hält eine Vielzahl an Beispielen bereit, die den Gedanken der »Ausweitung der Rede auf nicht-menschliche Wesen« (Latour 2010b: 103) und eines damit verbundenen Stimmrechts weniger ausgefallen erscheinen lassen: Planungsvorhaben scheitern oft nicht nur an Bürgerprotesten, sondern auch an Tieren, Amphibien oder Insekten, die sich eine als Bauland ausgewiesene Fläche als ihr Biotop, ihre Nist- und Brutfläche auserkoren haben und vermittelt durch die Repräsentationsarbeit von Fürsprechern (zum Beispiel Natur- und Tierschutzvereine) das Bauvorhaben torpedieren.⁸ Die Repräsentationsarbeit ist dabei in ihrer begrifflichen Doppeldeutigkeit ernst zu nehmen: Es geht einerseits darum, eine ›Sache‹ angemessen zu repräsentieren – im Sinne von ›darstellen‹ oder ›darlegen‹. Indem man sie darstellt, geht man aber unweigerlich zur Arbeit der politischen Repräsentation über: Wurden alle Beteiligten und ihre Anliegen angemessen berücksichtigt und mehr oder weniger getreu wiedergegeben? (Vgl. Latour 2005b: 13f., 24; Latour 2010b: 84) Diese Repräsentationsarbeit bezieht sich dabei auf Menschen und Nichtmenschen und muss dafür Sorge tragen, »daß beiden Aspekten [...] die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet wird« (Latour 2005b: 14): »Wen betrifft es? Was soll berücksichtigt werden?« (Ebd., Herv. i. O.)

Nicht nur die Stadtplanung im Besonderen, auch die Stadt im Allgemeinen könnte als Gegenstand dazu beitragen, den Gedanken von artikulationsfähigen nichtmenschlichen Dingen etwas weniger befremdlich wirken zu lassen. Denn nicht zuletzt auch in der Stadt macht sich bemerkbar, dass im Zuge des Klimawandels der Raum aufhört, passive Bühne zu sein. »Gaia« (Latour 2017) steht für die »aktiv« (ebd.: 165) gewordene Erde, so »als würden (...) wie in einer Walt-Disney-Fassung von *Dornröschen* alle bis dahin passiven und trägen Palastdiener sich gähmend aus ihrem Schlaf erheben und frenetisch in Gang setzen« (ebd.: 164). Die städtische Bühne begnügt sich nicht mehr damit, fügsamer und unproblematischer Hintergrund für die handelnden Stadtmenschen zu sein: »Die bescheidensten Requisiten spielen nun eine Rolle, als gäbe es keinen Unterschied zwischen Haupt- und Nebenpersonen.« (Ebd.: 164) Man braucht jedoch nicht den Umweg über eine (buchstäbliche) Disneyfizierung der Stadt zu gehen, um den Stadtraum als aktiv und lebend zu erfahren. Die Berliner Stadtbäume etwa artikulieren sich, indem sie nicht nur sichtbar unter Trockenheit und Hitze leiden, sondern in Folge der klimatischen Veränderungen auch anfangen, umzukippen und Autos zu zertrümmern. Im Zeitalter des Anthropozäns, so Latour, wird es gleichsam selbstverständlich, dass man »den ›Wald‹ sprechen läßt« (ebd.: 443). Die Nichtmenschen zu repräsentieren und sie mit Sprache auszustatten erzeugt bei den »ERDEVERBUNDENEN« (ebd.: 444) kein Befremden mehr: »Auf sie wirken allzu viele Akteure ein, als daß sie auf die Idee kämen, sie allein würden sprechen.« (Ebd.) Was aber für den Erdverbundenen gilt, so vielleicht

hinterlassen und die von Einschreibungsmedien zur Darstellung gebracht werden. Zum Konzept der menschlichen Fürsprecher, die die Dinge »für sich sprechen lassen« (Latour 2010b: 102), gehört dabei auch das Sprechen »in the name of the city« (Latour 1996a: 42, Herv. i. O.).

- 8 Entsprechende Zeitungsmeldungen mögen als Beleg genügen: Der Tagesspiegel meldet »Krötenalarm [...] stoppt Wohnungsbau« (Seidemann 2019). Die Morgenpost verkündet »Fledermaus kippt Einheitsdenkmal« (Jürgens 2017), während die Bild-Zeitung gleich eine Hitliste der »tierische[n] ›Baustopper« zusammenstellt (vgl. o. V. 2013).

auch für den Großstädter, der die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommt und sich mit der Idee einer Repräsentation der Dinge anfreunden kann.⁹

Die Repräsentationsarbeit der Praktiker definiert Latour auch als »die *Arbeit* [...], die zum Sammeln in einem Ganzen erforderlich ist« (Latour 2010b: 89, Herv. i. O.). »Das Kollektiv versammeln« (ebd.: 82) in diesem Sinne auch Architekten, Designer und Stadtplaner, wenn sie in ihren Entwürfen heterogene Anliegen zusammenführen und sich den folgenden Bezugsproblemen widmen: »[how] to take them into account« und »[how] to hold them all together« (Yaneva 2005: 531). Es kommt zu einer Neudefinition der Rolle des Designers, der nicht mehr nur technisch funktionale oder ästhetisch ansprechende Objekte entwirft, sondern auch das Kollektiv mehr oder weniger gut versammelt – eine politische Aufgabe, die dem Design unweigerlich eine »normative« (Latour 2009a: 362), »*ethische Dimension*« (ebd., Herv. i. O.) verleiht. Hier hat man es gleichsam mit einer Neuauflage dessen zu tun, was Lynch als den städtebaulichen Wertmaßstab des »Fit« (Lynch 1981: 151) bezeichnet: »Good City Design« (ebd., im Titel) ist um ein gutes Passungsverhältnis zwischen dem Stadtraum und den Bedürfnissen und Bewegungsmustern der Nutzer bemüht (vgl. ebd.: 151ff.). Das Kriterium der Passung bezieht sich bei Latour allerdings weitgehend auf die kompositionistische Qualität eines Entwurfs »in which a variety of concerns and requirements fitted together [...] are made visible« (Yaneva 2005: 531). Der Unterschied zwischen dem gut und schlecht entworfenen entspricht hier dem »wichtigen Unterschied zwischen dem gut oder schlecht komponierten« (Latour 2010c) – mit dem städtebauenden Designer als »Kompositionist«, der sich dessen bewusst ist, »dass die gemeinsame Welt aus absolut heterogenen Teilen aufgebaut werden muss«, ohne »es für selbstverständlich zu halten, dass Einheit, Kontinuität, Übereinkunft immer schon da ist« (ebd.). Der Urban Designer verfolgt also, indem er vielfältige Komponenten zusammensetzt, auf dass sie als einheitliches Ganzes zusammenhalten mögen, letztlich das »Projekt der ANT«, das darin bestehe, »die Liste zu erweitern, [...] derer, die als Beteiligte versammelt werden, und einen Weg aufzuzeigen, wie sie als dauerhaftes Ganzes handeln können.« (Latour 2010a: 125) Die normative Frage lautet also, ob die Stadt ein »gut komponierter Kosmos« (Latour 2010c) ist. Im Latour'schen »Kompositionismus« (ebd.) ist das urbane, kosmopolitische Ethos enthalten, welches nun allerdings auf alles Nichtmenschliche erweitert wird.

9 Im Übrigen sind Latour zufolge »alle Sprechdispositive gleich befremdlich, ob es nun darum geht, Menschen zu repräsentieren [...] oder Nichtmensch« (Latour 2017: 444). Wie es heute (noch) befremdlich ist, für den Wald zu sprechen bzw. diesen sprechen zu lassen, so war es vor einigen Jahrhunderten auch die Konstruktion einer Bevölkerung, die man zum Sprechen bringen oder der man als Repräsentant eine Stimme verleihen kann (vgl. ebd.): »Es dauerte viele Jahrzehnte, bis akzeptiert wurde, daß die Definition der Demokratie als Wille des souveränen Volkes auch nur in etwa einer Realität entsprach, und anfangen mußte man mit – einer Fiktion. ›Wie? Das souveräne Volk? Wo denken Sie hin?‹ ›Was, eine Delegation des WALDS? Sind Sie bei Sinnen?‹« (Ebd.: 444) Ein wichtiger Beitrag einer ANT-Stadtsoziologie könnte genau darin bestehen, dass sie die Idee einer Delegation des Stadtwalds so weit zum *common sense* macht, dass man nicht mehr das Gefühl hat, in einem Disneyfilm gelandet zu sein, wenn man die nichtmenschlichen Stadtbewohner im Stadtparlament repräsentiert.

5.1.2 Eine objektorientierte Stadtpolitik – oder: *Issues Spark a Public into Being*

In der Thematisierung der öffentlichen Räume der Stadt treten »Agora und Forum« (Klamt 2012: 778, Herv. i. O.) und mit ihnen der »zentrale (Markt-)Platz« nach wie vor als wesentliche Elemente einer »vielzitierte[n] Idealvorstellung des öffentlichen Raums« hervor (ebd.). Dem Platz wird dabei »durch die Zusammenkunft der Stadtgesellschaft eine wichtige politische, [...] demokratische Funktion zugeschrieben« (ebd.). »Forum« und »Marktplatz« sind zusammen mit dem »Caféhaus« prototypische Orte der Öffentlichkeit: ein »Schauplatz von widerstreitenden Ideen« (Mitscherlich 2008: 80), ein politischer Raum, in dem die Stadtbewohner im Rahmen von Bürgerprotesten ihre Anliegen sichtbar machen können. Mit Latour muss man an dieser Stelle erneut die Standardeinstellung ändern und die »europäische Vorstellung vom öffentlichen Raum« (Latour 2005b: 56) modifizieren. Der Ausstellungskatalog »Making Things Public« (Latour/Weibel 2005) trägt Versammlungsorte und Agoren zusammen, die über das hinausweisen, was man herkömmlicherweise »als politische Sphäre« (Latour 2005b: 56) bezeichnen würde: »Parlamente und die Büros der Exekutive« (ebd.) sind bei Latour nur eine unter vielen anderen Arten von »Thingstätten« (ebd.: 30, Herv. i. O.), an denen »Dinge von Belang« (Latour 2007: 21) versammelt, sichtbar und öffentlich gemacht werden. Im Kern geht es um eine Art »Subpolitik« (Beck 1993: 154) oder auch »institutionenlose Renaissance des Politischen« (ebd.: 155): Politik ist in den Alltag eingezogen und beschränkt sich nicht auf die »dafür ausgeschriebenen Arenen« in der »Welt der symbolträchtigen politischen Institutionen« (ebd.). Während Beck jedoch eher zivilgesellschaftliche Politikformen wie Bürgerinitiativen vor Augen hat (vgl. ebd.: 157), wenn er die »*Gleichsetzung von Politik mit Staat*, von Politik mit politischem System« (ebd.: 155, Herv. i. O.) beanstandet, kehrt Latour die Vielfalt der »Repräsentationstypen« (Latour 2005b: 36) jenseits der etablierten Verfahren hervor: Wissenschaft und Kunst werden als andere Weisen des Repräsentierens und Versammelns einer Sache (und der mit ihr verknüpften Akteure) identifiziert (vgl. ebd.). Damit kommt es zu einer Perspektivverschiebung: Anstatt zivilgesellschaftliche Politikformen in den Blick zu nehmen, die den öffentlichen Straßen- und Platzraum als politische Bühne, als Agora nutzen, werden Straße und Platz vielmehr selbst zur Streitsache, die in dingpolitischen Arenen der etwas anderen Art verhandelt wird – etwa im Studio des Designers, in dem Objekte als »things«, i.e., contested assemblies of contradictory issues« (Yaneva 2009: 78), vorkommen. Der Platz ist also nicht als traditionelle Thingstätte, sondern vielmehr als Streitobjekt, als Ding von Belang interessant.¹⁰

Latour hat eine »objektorientierte Demokratie« (Latour 2005b: 10, Herv. i. O.) vor Augen, die zum einen über die formalen Organe demokratischer Repräsentation hinausreicht und zum anderen dem Umstand Rechnung trägt, »daß wir mehr durch [...] die Sachen, um die es uns geht, [...] verbunden sind, als durch jede andere Reihe von Werten,

10 Dass soll nicht heißen, dass der Stadtplatz nicht nach wie vor gerne auch als Thing- und Versammlungsstätte genutzt wird, um Öffentlichkeit und Sichtbarkeit für die jeweiligen Anliegen zu bekommen. Beide Bedeutungen – der Platz als Thing- und Versammlungsstätte und der Platz als Ding von Belang – fallen ineinander, wenn beispielsweise auf dem Washington Square gegen die Umgestaltung des Washington Square protestiert wird.

Meinungen, Einstellungen oder Prinzipien.« (Ebd.: 11). »Zurück zu den Dingen!« (ebd.: 32, Herv. i. O.) ist bei Latour ein »politischer Slogan« (ebd.), der die kulturalistische »Wende von den Sachen weg und hin zu ihren Deutungen« (Eßbach 2001: 131) und den ihnen zugrunde liegenden »Glaubenssystemen« (ebd.) wieder rückgängig macht. Eine Sache ist dabei eine Angelegenheit, »die Leute zusammenbringt, weil sie entzweit« (Latour 2005b: 30, Herv. i. O.). Latour zielt damit auf die Mobilisierungskraft der Dinge, die aufgrund ihres umstrittenen Charakters fähig sind, Öffentlichkeiten zu generieren: »Issues spark a public into being« (Marres 2005). Mit dieser Formel bringt die Soziologin Noortje Marres den pragmatistischen Kerngedanken der Politik- und Öffentlichkeitstheorien von Walter Lippman (1949) und John Dewey (2001) zum Ausdruck – zwei Autoren, auf die sich auch Latour in seinen theoretischen Überlegungen zu Politik und Öffentlichkeit maßgeblich bezieht (vgl. Latour 2010a: 279ff., Latour 2014: 462f., 482). Marres rekonstruiert die Thesen Lippmans und Deweys und zeigt dabei auf, dass »the idea of an object-oriented democratic politics« (Marres 2005: 208) hier bereits vorge-dacht ist. Die Rolle der zum Problem werdenden Objekte bestehe darin, eine politische Öffentlichkeit überhaupt erst zu konstituieren: »[P]ublics are called into being by issues« (ebd.: 209). Die weitere Rekonstruktion der Argumentationen führt dabei zurück zu den böartigen Problemen, mit denen es insbesondere die Planer zu tun haben. Wie Marres (immer noch in Bezug auf Lippman und Dewey) darlegt, ist es vor allem das komplexe, verwickelte Problem »that sparks public involvement into politics« (ebd.: 212). Die »unfamiliar, strange, entangled objects of concern« (ebd.: 211) mobilisieren Öffentlichkeit, gerade weil sie nicht wie die simplen Probleme von bereits existierenden Institutionen verstanden, gehandhabt, gelöst werden können (vgl. ebd.).¹¹ Der Slogan »No Issues, No Public« (ebd.: 212) wird von Latour mit explizitem Verweis auf Marres aufgegriffen (vgl. Latour 2014: 462), um den Gedanken zu untermauern, dass die »objekt-orientierte Politik« (ebd., Herv. i. O.) sich um »Streitgegenstände«, »um Fragen, Affären, Einsätze, Sachen [...] dreht«, die das Politische gleichsam anlassbezogen hervorbringen, »[a]ls ob die Schwere jeder Angelegenheit ein Publikum, das jedesmal ein andere Geometrie und andere Verfahrensweisen aufweist, zwänge, sich um sie zu versammeln.« (Ebd.) Mit dem »issue-, ding- oder objektorientierte[n] Politikmodell« (Lamla 2016: 86, Herv. i. O.) tritt Latour also dem Verständnis einer »unabhängig von Streitgegenständen bereits existierende Öffentlichkeit« (ebd.) entgegen – und kehrt damit den pragmatistischen Gehalt seines Ansatzes hervor: Die »Substanz« (James 1994: 63) und mit ihr die Substantive müssen durch Verben ersetzt (»veröffentlichen« anstatt »Öffentlichkeit«, »versammeln« an Stelle von »Versammlung«) und so der »Wechsel vom *Prinzip* zur *Praxis*«

11 Für die Pragmatisten scheint die Böartigkeit der Problemlagen kein Grund zur Verzweiflung zu sein: Deweys und Lippmans Ansatz laufe darauf hinaus, der »technological society« (Marres 2005: 209) grundsätzlich zuzutrauen, die komplexen Sachverhalte einer demokratischen Entscheidungsfindung und Kontrolle zuführen zu können – »without the entry of the object leading to the exit of the democratic subject, as in technocracy.« (Ebd.) Man muss das Feld also nicht den Experten überlassen (vgl. ebd.: 208), nur weil man es mit einem neuen Set von hybriden Problemlagen zu tun hat. Das »Parlament der Dinge« (Latour 2010b), so könnte man im Anschluss argumentieren, zehrt genauso von der Zuversicht und dem Optimismus des Pragmatismus – zumindest was die Möglichkeit angeht, riskante Dinge und demokratische Institutionen kompatibel zu machen.

(Latour 2006b: 206, Herv. i. O.) vollzogen werden. Im Anschluss an Lippmans »Phantom Öffentlichkeit« (Latour 2010a: 280; vgl. Lippman 2011) überträgt Latour seine Argumentation wider die »phantomhafte Präsenz« (Latour 2010a: 282) mysteriöser Makroakteure auf den Bereich der Politik: »Der politische Körper« (ebd.: 280) ist kein »großes Tier«, das »bereits da ist« (ebd.: 282). Entsprechend könne man sich auch nicht die »anstrengende Aufgabe [...] ersparen, diese Öffentlichkeit durch politische Mittel zusammenzusetzen« (ebd.). Wie immer insistiert Latour darauf, den Blick auf die »praktischen Mittel« (ebd.) zu richten, derer es bedarf, um etwas zu fabrizieren und halten zu lassen – in diesem Fall die »kollektiven Subjekte des Politischen« (Lamla 2016: 87, Herv. i. O.) oder auch »»Quasi-Subjekte«, deren politische Erzeugung [...] von den Dingen, Objekten oder Streitsachen nicht zu trennen ist« (ebd.).

An diese Argumentation anknüpfend kann die Stadt als ein unerschöpfliches Reservoir an Dingen begriffen werden, die als ebenso viele *issues* Prozesse politischer Organisation anstoßen. Die Lokalnachrichten geben eindruckliche Beispiele für den objektorientierten Charakter dessen, was Jacobs als »hot fights on important local questions« (Jacobs 1992: 126) bezeichnet: Protestiert wird beispielsweise gegen die Schließung der Kiezbäckerei¹², gegen die Spaltung der Ortschaft durch eine Bahntrasse¹³ oder die Eröffnung eines neuen Hostels in einer Wohngegend. Während den Stadtsoziologen die Abwesenheit von »protest [...] against noise [...] or disorderly hotels« (Zorbaugh 1929: 248) mitunter als Symptom für die »disorganization of local life« und die Abwesenheit von »public opinion« (ebd.) gilt, ist ein ebensolches ruhestörendes Hostel an anderer Stelle der Funke, der diese Öffentlichkeit wieder entfacht: In der Neuköllner Weserstraße ist ein Hostel zum »Streitobjekt« (Horn 2017, o. S.) geworden, das Anwohner, Betreiber, Vermieter, Behörden und schließlich auch das Berliner Verwaltungsgericht in eine Kontroverse verwickelt hat. Aus der Bewohnerschaft eines anonymen Mietshauses ist die »Nachbarschaftsinitiative Weserkiez« hervorgegangen, die den »massive[n] Lärm« und »Müll im Kiez« beklagt, eine »weitere Steigerung der nächtlichen und Wochenend-Partystimmung auf der Weserstraße« befürchtet sowie vor einer »auf Kommerzialisierung und Touristifizierung ausgerichteten Monokultur« im Kiez warnt.¹⁴ Die »Hostel- und Hotelschwemme« (Novy 2014: 255) und die »Ansiedlung ständig neuer Beherbergungsbetriebe« (ebd.: 263), durch die »ruhige Wohnstraßen [...] in [...] Partymeilen« (ebd.: 255) verwandelt werden, sind die Anlässe für konkrete und greifbare »Konflikte« (ebd.: 263), die aus einem Objekt eine öffentliche Angelegenheit werden lassen. Mietshäuser, Straßen, Nachbarschaften, Kieze gehen solcherart dazu über, als ein »Thing« (Jacobs 1992: 134) zu operieren: Die Sache macht sie zu einem politischen Akteur (vgl. ebd.). Die Mobilisierungskraft der Dinge lässt sich an der Fülle der Zusammenschlüsse

12 So zum Beispiel in Kreuzberg, wo sich ca. 300 Menschen im Februar 2017 vor ihrer Kiezbäckerei versammelten, um gegen deren Schließung sowie – damit zusammenhängend – gegen die (befürchtete) Gentrifizierung ihres Stadtteils zu protestieren (vgl. Aschenbrenner 2017).

13 Der Wiederaufbau der Dresdner Bahn, die zukünftig die Hauptstadt insbesondere an den Flughafen BER anbinden soll, hat gleichsam die ganze Ortschaft Lichtenrade im Süden Berlins mobilisiert, da die Trasse mitten durch den Ort verlaufen soll (vgl. Mallwitz 2019).

14 Die Zitate wurden einer Presseerklärung der »Nachbarschaftsinitiative Weserkiez« entnommen. Vgl. http://nk44.blogspot.de/images/PM_Nachbarschaftsinitiative_Weserkiez.pdf (abgerufen am 22.05.2017).

ablesen, die sich anlässlich stadtteilbezogener Belange formieren: »To look into almost any relatively established area of a big city turns up so many organizations, mostly little, as to make one's head swim. [...] Small organizations and special-interest organizations grow in our cities like leaves on the trees« (ebd.: 134). Das »Joint Emergency Committee to Close Washington Square Park to All but Emergency Traffic« (ebd.: 136) ist dabei nur ein Beispiel für die vielfältige Aktivierung der Stadtbevölkerung durch Streitsachen, zu denen nicht wenige Platz-bezogene *issues* gehören. Nimmt man allein den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf als Referenzpunkt, kommen zur Bürgerinitiative Olivaer Platz e. V. acht weitere Initiativen hinzu, die einen Platz als Anliegen haben und diesen im Namen ihres Bündnisses tragen.¹⁵

Nimmt man die Liste der Berliner Volksentscheide hinzu, zeigt sich, dass bestimmte Streitsachen auch gesamtstädtische Öffentlichkeiten mobilisieren: Die Bebauung des Tempelhofer Feldes, die Schließung des Flughafens Tegel, die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe, die Wahlfreiheit der Gastwirte beim Rauchverbot, die Enteignung von börsennotierten Wohnungsunternehmen und andere Berliner *issues* mehr haben jeweils ein breites Publikum um sich herum versammelt. Als Streitsachen wären sie auch geeignete Kandidaten für ein Forschungsprogramm, das sich die Kartografie von Kontroversen zum Ziel gesetzt hat. Die oben angeführte Begründung für die Notwendigkeit eines Zusammenzeichnens komplexer Dinge gewinnt an Plausibilität, wenn man als Stadtbürger vor Entscheidungsfragen gestellt wird: Die Visualisierung der Kontroverse soll den Bürgern die Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten ermöglichen, die in hohem Maße vertrackt sind. Diese bössartige Hybridität der Sachlagen hat zuletzt die Debatte um die Schließung des Flughafens Tegel offenbart: Bereits ein oberflächlicher Einblick in die Kontroverse enthüllt die Ungewissheit, die sich daraus ergibt, dass Rechtsexperten zu unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich der (planungs-)rechtlichen Zulässigkeit der Offenhaltung des Flughafens kommen. In die Debatte mischen sich die veraltete Technik eines enorm sanierungsbedürftigen Flughafens, gesundheitsschädlicher Fluglärm, die Interessen von Fluggesellschaften, Umweltbelange und viele andere Anliegen mehr, zu denen nicht zuletzt auch die Liebe vieler Berliner zu ihrem Flughafen gehört. Urbane Streitsachen sind unübersichtliche, heterogene Imbroglíos, die Entscheidungshilfen in Form einer Repräsentation oder auch Öffentlichmachung der Dinge notwendig machen.

Das umfangreiche Mitmischen der Stadtbewohner in einer sachbezogenen Stadtpolitik ist für Jacobs ein Zeugnis dafür »[that there] is [...] responsibility and concern in abundance among the city's people.« (Jacobs 1992: 407) Man muss also nicht den Verfall der Öffentlichkeit und das Verschwinden des Citoyens beklagen, der sich in das Private zurückgezogen habe oder nur noch als Konsument in der Stadt unterwegs sei (so etwa Kaltenbrunner 2011, o. S., Sennett 2008: 66 oder Mitscherlich 2008: 17). Stattdessen tun sich mit dem pragmatistischen, *issue*-zentrierten Politik- und Öffentlichkeitsbegriff überall Stadtbewohner auf, die sich der öffentlichen Angelegenheiten ihres Umfelds annehmen. Auch hier darf man einen hoffnungsvollen Optimismus an den Tag legen

15 Vgl. hierzu die entsprechende Internetseite des Bezirksamts: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/aktuelles/buergerbeteiligung/artikel.208604.php> (abgerufen am 30.08.2020).

und die Behauptung wagen, dass die Agora nicht entleert ist. Vielmehr wimmelt es dort von ›issues‹ und engagierten Stadtbewohnern. Selbst die unsichtbaren und in den Hintergrund der Selbstverständlichkeit abgerückten urbanen Infrastrukturen können zum Anlass für Mobilisierungsprozesse werden. Insbesondere die erfolgreiche Kampagne für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe (vgl. Beveridge/Naumann 2017) demonstriert, dass die Stadtbewohner durchaus in der Lage sind »to see beyond the flowing tap« (Graham/Thrift 2007: 10). Durch die Initiative des Berliner Wassertisch e. V. wurde die Infrastrukturversorgung »zu einer wichtigen Frage stadtpolitischer Auseinandersetzungen« (Beveridge/Nauman 2017: 68). Der Wassertisch ist dabei nur ein Beispiel einer ganzen Reihe stadtpolitischer Initiativen (vgl. ebd.: 73), die in den 2000er- und 2010er Jahren »[b]islang als selbstverständlich vorausgesetzte und zumeist Ingenieuren vorbehaltene Netzwerke der Energie- und Wasserversorgung [...] ›sichtbar gemacht‹« (ebd.: 68) haben.¹⁶ Die Mobilisierungskraft (vgl. ebd.: 74) dieser Kampagnen führen Ross Beveridge und Matthias Nauman dabei auf den Umstand zurück, dass die »abstrakte Forderung nach ›Unserer Stadt‹ [...] in den Kampagnen für ›Unser Wasser‹ oder ›Unser Netz‹ auf konkrete Gegenstände bezogen« (ebd.: 71) werden konnte. Stadtpolitik ist auf das Objekt gekommen: Aus »›Reclaim the City‹« (ebd.: 72) und dem »›Recht auf Stadt‹« wurde das »›Recht auf Infrastruktur‹« (ebd.: 78).

Die um Stromnetze und Wasserleitungen geführten Auseinandersetzungen demonstrieren damit nicht nur »ein gestiegenes öffentliches Interesse an Fragen der Ver- und Entsorgung der Stadt« (Beveridge/Nauman 2017: 67f.), sondern kehren generell hervor, dass Infrastrukturen »in hohem Maße von Konflikten geprägt und niemals politisch ›neutral‹« (ebd.: 79) sind. »[I]nfrastructure not only has a politics but is a politics« (Amin/Thrift 2017: 84): Sie konstituieren »political arenas« (ebd.: 6), generieren »new publics« (ebd.: 3) und »new forms of agora« (ebd.: 85). Die »infrastrukturelle Perspektive auf städtische Kämpfe« (Beveridge/Nauman 2017: 68) führt damit: zurück zu den Dingen!

5.2 Latour als geheimer Beruhiger? Über die Politik der Ameise

Die Affinität zwischen der ANT und den Urban Studies wird mitunter auf das gemeinsame Interesse an den technischen Netzen der Stadt zurückgeführt (vgl. Madden 2010: 584) – eine Kompatibilität zwischen beiden Programmen, die jedoch allein für den »technocratic wing of urban studies« (ebd.: 585) gelte. In Sachen Segregation, Exklusion, Ausbeutung oder Rassismus erweise sich die ANT dagegen als unbrauchbar (vgl. ebd.: 586f.). Schlimmer noch: Aufgrund ihrer apolitischen Haltung (vgl. ebd.: 586) las-

16 Der »Berliner Energietisch« hat erfolgreich für die Rekommunalisierung des Stromnetzes gekämpft, der »Berliner S-Bahn-Tisch« nimmt sich diverser Stadtbahn-bezogener Anliegen an und meint: »Es ist unsere Stadt, es ist unsere S-Bahn!« Vgl. www.s-bahn-tisch.de/ueber%20uns.html (abgerufen am 30.08.2020). Beveridge und Naumann erwähnen neben Strom und Energie (vgl. Beveridge/Nauman 2017: 71, 75) aber noch diverse andere Kampagnen, etwa das Bündnis »A100 Stoppen«, die Initiative »100 % Tempelhofer Feld« oder die Proteste gegen die Bebauung des Friedrichshainer Spreeufers (vgl. ebd.: 70f.).